

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 185.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 9. August 1930.

12. Jahrgang.

Du wirfst es nie zu Licht'gem bringen
Bei deines Grammes Träumerei'n,
Die Tränen lassen nichts gelingen,
Wer schaffen will, muß fröhlich sein.

Wohl Reime wecken mag der Regen,
Der in die Scholle niederbricht,
Doch golden Korn und Ernteseegen
Reift nur heran beim Sonnenlicht.

Th. Fontane.

Wer soll unsere Kinder erziehen, Familie oder Öffentlichkeit?

Arthur Bach.

(Fortsetzung.)

Der wache Beobachter kann nur immer wieder kopfschüttelnd fragen:

2. Warum überläßt das christliche Elternhaus der Öffentlichkeit mehr und mehr die Erziehung seiner Kinder?

Vielleicht liegt es zumeist daran, daß wir uns weiterhin gar nicht bewußt sind, wie sehr uns bereits die Erziehungsmöglichkeit bei unseren Kindern entzogen ist. Man schwimmt im Strom der Zeit und überlegt nicht, welche Werte in den Seelen unserer Jugendlichen täglich verloren gehen, da ihnen das fehlt, was so sehr notwendig ist zu einem rechten Werden und Gedeihen: Die Familie und die Zeit in ihrer Gemeinschaft. Hinzu kommt wohl noch der Gedanke, daß es uns Christen nicht anstehe, staatlichen Ordnungen gegenüber zu protestieren und dieselben zu kritisieren. Sind wir uns bewußt, daß uns Mitverantwortung an den Grundfragen des Staates durch die Art der deutschen Reichsverfassung in die Hand gelegt ist, daß eben diese Reichsverfassung ist es, die Ehe und Familie den besonderen Schutz des Staates verleiht, und die ausdrücklich betont, daß es Recht und Pflicht der Familie sei, die Erziehung der Kinder zu betreiben? Also, wir sind Verteidiger der Grundlagen des modernen Staates, wenn wir gegen die Art moderner öffentlicher Erziehungspraxis Front machen und das Recht an unseren Kindern mit dem bestimmenden Einfluß bei ihrer Erziehung uns nicht nehmen lassen. Manchmal meint man jedoch auch festzustellen, daß eine gewisse, dem Zeitgeist entstammende und mit unserer heiligen Verantwortung vor Gott in krassem Widerspruch stehende Sucht nach Bequemlichkeit christliche Eltern veranlasse, sich ihren Erziehungspflichten zu entziehen. Wie wir bis in unsere Kreise hinein angestekt sind von der zeitgemäßen Angst vor dem Kinde — Beschränkung der Kinderzahl —, so schütteln wir auch gern die Last des Kindes ab, wie es dem allgemeinen Zeitgeist entspricht. Es ist ja so bequem, das Kind im Säuglingsheim, Kindergarten, Kinderhort, in der Schule, auf Ferienwanderung usw. gut aufgehoben zu wissen. Es stört uns dann nicht in der heißersehnten Ruhe, hindert uns nicht beim „Laufen“ und „Nachbar besuchen“ usw. Wie oft stöhnen wir während der Ferien: „Ach, wäre doch die Schule wieder an, dann wäre man euch Rangen wenigstens los“, statt diese Tage und Wochen besonders auszunützen um den Seelen unserer Kinder nahe zu kommen. Wir liegt es fern, hier leichtfertige Steine gegen sogenannte Sünder und Sünderinnen aufzuheben. Ich weiß wohl, wie vier, fünf oder gar sechs mehr Kinder in vier, fünf Wochen einer Mutter das Leben schwer machen können, und ich verstehe, wenn dann einmal ein solcher Seufzer dem mütterlichen Herzen entspringt. Was ich möchte, ist, daß jeder Vater und jede Mutter sich ernstlich prüfen, ob sie immer ihre Pflicht gegenüber ihren anvertrauten Kindern gewissenhaft erfüllt, ob sie ihnen die Zeit gewidmet haben, die ihnen eben möglich war, oder ob sie moderner Bequemlichkeitsucht sich hingeeben und infolgedessen froh waren, wenn ihnen die öffentliche Hand möglichst viel Erziehungspflichten abnahm. Nicht zu vergessen ist bei der Tatsache, daß christliche Eltern weiterhin das Feld kampflos in der Erziehung der Öffentlichkeit überließen, vor allen Dingen auch der materielle Punkt. In einer Zeit des allgemeinen Existenzminimums und bei der allgemeinen Bevorzugung der öffentlichen Erziehung ist es natürlich ganz unmöglich, daß man sich als Vater durch geldliche Überlegungen nicht einfach oft sich gezwungen sieht, der öffentlichen Hand das Kind zu überlassen, statt ihm unter eigener Führung Natur-, Kunst- und Geschichtserlebnisse zu vermitteln. Ganz

schlimm wird die Sache jedoch, wenn wir gar die religiöse Beeinflussung unserer Kinder auch fremden Händen überlassen, wozu in gewisser Beziehung auch immer Sonntagsschule, Kindergottesdienst und Jugendverein gehören. Seinem Priesteramt sollte sich kein christlicher Vater entziehen. Aber auch auf den übrigen Gebieten ringe man mehr als bisher darum, selbst dem Kinde Wegführer zu sein, auch wenn es Opfer an Zeit und Geld kostet und nicht alles der Schule zu überlassen. Da es im Christentum darauf ankommt, daß der ganze Mensch mit all seinen Lebensgebieten unter die Herrschaft des Christus Gottes kommt, müssen wir als christliche Eltern nach Gaben, Fähigkeiten und Möglichkeiten auch darum ringen, unseren Kindern zu helfen, alle Wertgebiete ihres Lebens Christus zu unterstellen. Hier entsteht für viele zwar eine neue, große Schwierigkeit, und zwar besonders für diejenigen unter unseren einfachen Geschwistern, die ihre Kinder zur höheren Schule schicken, und denen oft all das fremd ist, was ihre Sprößlinge von dort mitbringen, und was sie nun oft vergeblich versuchen, in die vom christlichen Elternhaus übernommene christliche Welt- und Lebensanschauung einzugliedern. Hier wird eins notwendig: nicht, daß Vater und Mutter all das zu lernen und zu verstehen suchen, was ihre Kinder lernen, aber dafür interessieren müssen sie sich schon. Besonders was die Gefinnungsfächer, Religion, Deutsch, Geschichte und zum Teil auch Naturwissenschaft anbelangt, sollte zwischen Vater und Sohn, zwischen Mutter und Tochter je und dann in vertraulicher Stunde ein Austausch stattfinden. Dazu ist es nötig, daß vor allem, was Musik, Theater und Kino angeht, der Vater sein Kind nicht ohne weiteres sich selbst oder der öffentlichen Hand überlassen darf. Er muß ihm helfen, sich mit diesen Dingen vom Christentum her auseinanderzusetzen. Es ist mir zweifelhaft, ob das so gehen kann, wie ich es bei vielen Brüdern und Schwestern beobachtet habe, daß man einfach den Kindern jeden Besuch von Theater und Kino, auch wenn es Schulveranstaltungen sind, verbietet. Man denke sich in die Seele eines Kindes hinein, das in einer Klaffengemeinschaft steht und das als einziges hier Entbehren üben muß, während die andern am nächsten Tage voll von dem sind, was sie erlebt. Es ist mir allerdings noch zweifelhafter, ob dem Kinde damit gebietet ist, daß es bei der Auseinandersetzung mit diesen Erlebnissen sich selbst oder dem von dem öffentlichen Erziehungsanstalt in diesem Punkt vertretenen Anschauungen überlasse, oder ob ich das Opfer zu bringen habe, mit meinem Kinde gemeinsam zu erleben, auch wenn es mir nicht behagt, damit ich ihm dienen kann bei dem Kampf um und mit seinen Erlebnissen. Hier Gesetze aufstellen, geht nicht an. Aber das müssen wir doch einmal, die Augen öffnen lernen für die ungeheure Verantwortung, die hier für uns christliche Eltern liegt, und sehen müssen wir, daß die Zeit der Erlebnisschule, die Theater, Kino, Radio, Musikvorführungen usw. ganz anders gegenübersteht, als die sogenannte Vernunftschule von uns auch ganz andere Einsparnotwendigkeiten im Kampf um die Seelen unserer Kinder verlangt, als das früher der Fall gewesen ist. Denn wissen muß jeder Vater und jede Mutter, daß ihnen unendlich viel verloren geht für sie selbst wie für ihr ganzes Familienleben, wenn sie weiterhin unbefehen und kampflos der öffentlichen Hand die Erziehung ihres Nachwuchses überlassen.

Schluß folgt.

Ueberparteilichkeit.

Die Beteuerungen der Ueberparteilichkeit der Kirche und die Versuche, diese Ueberparteilichkeit in Kundgebungen und in der Presse zu wahren, sind heute, wo der Wunsch nach der Betätigung des Öffentlichkeitswillens der Kirche fast zur Mode geworden ist, an der Tagesordnung. Es ist jedoch zu fürchten, daß für diesen Wunsch nach Ueberparteilichkeit eben die Weltfremdheit in der Kirche Ursache ist, die man eher sonst so häufig zum Vorwurf macht. Ueberparteiliche Politik steht immer in Gefahr, Politik im luftleeren Raum oder mit anderen Worten, abstrakte Politik zu bleiben, während doch gerade die wirkliche Politik eine höchst konkrete Angelegenheit ist. Denn ohne Parteien ist nun einmal keine Politik zu treiben. Und jeder Versuch, diese elementare Tatsache des politischen Lebens zu verschleiern, muß entweder zur Wirkungslosigkeit des erstrebten Handelns, oder, was noch schlimmer ist, zur Heuchelei führen, die natürlich dem Handelnden oder Redenden selbst gar nicht bewußt zu sein braucht.

In einem ganz bestimmten Sinn ist es vielleicht noch möglich, in überparteilicher Weise Politik zu treiben. Angesichts der üblen politischen Gepflogenheiten, die sich

auch im deutschen Parteileben und in der deutschen Presse breitmachen, wird es immer wieder notwendig sein, für aufrichtige und anständige Gesinnung einzutreten, allen Parteien die Pflicht zur sachlichen Behandlung des Gegners einzuprägen und den Willen zur Ehrfurcht auch vor der fremden Meinung zu stärken. Die Förderung dieser elementaren Voraussetzungen jeder anständigen und echten Politik wäre in der Tat eine Aufgabe der Kirche und ihrer Glieder. Und dazu gehört in erster Linie, daß alles, was den Namen „christlich“ für sich in Anspruch nimmt, diese elementaren Grundvoraussetzungen politischen Handelns selbst erfüllt, was leider keineswegs von allen Formen einer christlichen Politik gesagt werden darf.

Wenn nun z. B. der von Süddeutschland ausgegangene und jetzt mit einer norddeutschen Gruppe verbundene „Christlich-soziale Volksdienst“ für sich in Anspruch nimmt, nach diesen eben gekennzeichneten politischen Grundsätzen handeln zu wollen, so hat er nach unserem Dafürhalten doch noch nicht das Recht, sich als eine überparteiliche politische Gruppe zu bezeichnen. Es ist ja an sich zu begrüßen, wenn von einer evangelisch bestimmten Gruppe aufrichtig und ehrlich der Versuch gemacht wird, der weit verbreiteten Immoralität des politischen Handelns den Krieg anzulegen. Eine solche Gruppe könnte für das gesamte politische Leben durch die Verwirklichung eines derartigen Versuchs symbolische Bedeutung erhalten. Es könnte von ihr ein reinigender Einfluß auf das gesamte politische Leben ausgehen, und es ist zu hoffen, daß wenigstens dieser Erfolg durch die Betätigung des „Christlich-sozialen Volksdienstes erreicht“ wird. Freilich ist er dadurch noch nicht überparteilich. Denn wenn er vorläufig sich auch davon enthält, bestimmte politische Programme aufzustellen; wenn er auch die Gepflogenheit, der vorhandenen Parteiensysteme zu durchbrechen sucht, die eigenen Mitglieder durch Fraktionsbeschlüsse in bestimmter Richtung festzulegen, so wird es doch zweifellos gar nicht ausbleiben können, daß er rein schicksalsmäßig einmal durch die zu ihm gehörenden Wähler und führenden politischen Persönlichkeiten und sodann durch die von ihm einfach geforderten konkreten Entscheidungen im politischen Leben nach einer ganz bestimmten Richtung hin festgelegt wird. Bei allem guten Willen zur Ueberparteilichkeit wird er dem Schicksal, Partei mit bestimmter Färbung zu sein, gar nicht entgehen können. Und es ist eben dann die Gefahr, daß daraus schließlich der Eindruck entsteht, daß die hinter ihm stehenden Kreise, die ganz gewiß niemals den gesamten evangelischen Volksteil umfassen werden, für die evangelische Christenheit, und die von ihm vertretene Politik als die evangelische, resp. kirchliche Politik angesprochen werden. Damit aber würde ein schon bestehender und von vielen schmerzlich empfundener Mangelzustand nur noch verschlimmert. Wenn nämlich heute der entscheidende Vorwurf, der gegen die evangelische Kirche erhoben wird, darin besteht, daß sie bewußt oder unbewußt in einer gesellschaftlichen und politischen Bindung befangen sei, die ihr eine wirklich überparteiliche Politik unmöglich mache, so würde durch die unausbleibliche Entwicklung des „Christlich-sozialen Volksdienstes“ diesem Vorwurf wahrscheinlich nur neue Nahrung gegeben werden; evangelische Kirche, resp. evangelische Politik und Interessenvertretung von wohlmeinenden Schichten des Kleinbürgertums und der mittleren Schichten, die ja doch im wesentlichen hinter dem „Christlich-sozialen Volksdienst“ stehen, würden in noch viel höherem Maße als bisher sehr zum Schaden des volkshkirchlichen Charakters der evangelischen Kirche gleichgesetzt werden. Wir können also im „Christlich-sozialen Volksdienst“ im besten Fall nicht mehr als eine Zwischenlösung sehen. Indem er für die vielen „politisch Heimatlosen“, die zur politischen Aktion drängen, aber die bestehende Verbindung christlicher Kreise mit den ausgesprochen reaktionären Parteien nicht mitmachen wollen, ohne sich zum Anschluß an eine Partei der Linken entschließen zu können, eine politische Plattform schafft, hilft er vielleicht die faktisch vorhandene parteimäßige Bindung der Kirche etwas auflockern. So könnte er, wenn er sich des interimsistischen Charakters seiner Aufgabe bewußt bleibt, eine Brücke zu der Form der Ueberparteilichkeit werden, die für das Handeln der Kirche geboten ist.

Vielleicht aber steht hinter dem Willen, den „Christlich-sozialen Volksdienst“ zu fördern, die Meinung — und wir haben Grund, das mindestens für einzelne Persönlichkeiten zu fürchten — daß heute schon die Zeit gekommen sei, politische Blocks unter ausgesprochen kulturellen Gesichtspunkten zu gründen. Vielleicht glaubt man wirklich, daß heute schon die Stunde gekommen

sei, jene drei großen Weltanschauungen: katholisch, protestantisch und sozialistisch, als konstitutive Faktoren für das politische Leben betrachten zu dürfen. Wir würden das für einen verhängnisvollen Irrtum halten. Denn offenkundig geht heute der Kampf im politischen Leben entscheidend um die internationalen und sozialen Fragen, um die Fragen des Zusammenlebens der Völker und der Klassen in Staat und Gesellschaft. Das geht schon daraus hervor, daß nicht einmal die katholische Kirche in der Lage ist, alle ihre Glieder im Zentrum festzuhalten, weil vielen die spezifisch politischen Angelegenheiten wichtiger zu sein scheinen, als die konfessionellen. Der Versuch aber, heute politische Parteien „endgültig“ unter konfessionellen und kulturellen Gesichtspunkten zu formieren, würde den Prozeß der Auflösung der evangelischen Volkspartei mit Riesenschritten vorwärtstreiben und würde jede Möglichkeit, die entfremdeten Volksteile für eine innerlich und äußerlich gewandelte oder zu wandelnde Kirche zurückzugewinnen, unmöglich machen. Bei einer solchen Entwicklung würde die Kirche wirklich „Partei“ und die evangelischen würde vielleicht nicht mehr als eine Winkelpartei. Von Ueberparteilichkeit wäre nicht mehr die Rede.

Wenn man aber grundsätzlich an die Möglichkeit und die Verpflichtung zur Volkspartei glaubt, dann erhebt sich aufs neue die ernste Frage, ob und wie in dem Verhältnis von Kirche und Politik jenes Verlangen nach Ueberparteilichkeit, das doch tief in dem Willen einer Kirche, die Volkspartei sein will, gegründet ist, zur Gestaltung gebracht werden kann. Es gibt hierfür einen Weg und zwar nicht nur einen, wie ja überhaupt alles christlich bestimmte sozial-ethische Handeln verschiedene Möglichkeiten der Betätigung offenläßt. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die in der Lösung des Problems der kirchlichen Ueberparteilichkeit überhaupt liegen, und besonders angesichts des fast epidemisch gewordenen Verlangens, daß die Kirche in die aktive Politik eingreifen soll, ist es wohl nicht überflüssig, einmal darauf hinzuweisen, daß die apolitische Haltung ein für alle Mal einen sehr wesentlichen Zug kirchlichen Lebens bilden muß. Jedes Eingehen des Christen und der Kirche in die Verhältnisse der Welt verwickelt ihn gleichzeitig auch die Schuld der Welt. Diesem Schicksal kann niemand entgehen, der sich in die Welt begibt. Wenn dann freilich der Versuch gemacht wird, aus der Welt, und in diesem Falle aus der Politik, zu flüchten, in der Meinung, daß man dadurch seine „Heiligkeit“ wahren und der Schuld der Welt entgehen könne, dann wäre das ein höchst verhängnisvoller Irrtum, ein Irrtum, dem alle Heiligsuchsbewegungen von Anbeginn der Christenheit an bis hin zum Pietismus und der früheren Gemeinschaftsbewegung immer wieder teilweise erlegen sind. Aber wenn man nicht aus dem Wunsch, seine Heiligkeit zu retten, sondern aus dem Verlangen, Warnungstafeln für das innerweltliche, also in diesem Fall für das politische Leben aufzurichten, den Weg der „Askese“ geht, dann wird damit eine notwendige Funktion des kirchlichen Lebens erfüllt. Wenn hinter dieser Askese, das heißt in diesem Fall, hinter dieser apolitischen Haltung, nicht Hochmut, sondern Verantwortung steht, wenn sie geboren ist aus dem heißen Wunsch, den in der Welt Handelnden die sie umdrohenden Gefahren zum Bewußtsein zu bringen und ihnen aus der Stille gottgewandten Lebens heilende Kräfte darzureichen, dann wird ein solches apolitisches Verhalten zu einem der wirksamsten Faktoren innerhalb der Politik. Ist doch auch von den

kriegsdienstverweigernden Quäkern ein sehr beachtlicher reinigender Einfluß auf die Art der Kriegsführung christlicher Menschen ausgegangen. Für die Wahrung der Ueberparteilichkeit der Kirche ist es also von entscheidender Bedeutung, daß jederzeit Pfarrer und Gemeindeglieder vorhanden sind, die um die Fragwürdigkeit alles politischen Handelns aus wirklicher Sachkunde wissen und sich gerade deshalb ernsthaft und bewußt, d. h. also, nicht aus Rat- und Verantwortungslosigkeit von dem ganzen politischen Getriebe fernhalten und sich der rein religiösen Aufgabe widmen.

Die auf Luther zurückgehende, an der Idee der Volkspartei orientierte christliche Ethik verlangt nun aber zweifellos auch das Eingehen des Christen in die Welt und seine Einwirkung auf die Welt. Luther hat das in der Sphäre des sexuellen Lebens dadurch, daß er die Ehe dem gesunden Manne zur Pflicht machte, sogar mit solcher Einseitigkeit betont, daß darüber in der evangelischen Kirche lange Zeit das innere Recht der sexuellen Askese, d. h. der „heiligen“ Stand der Celibatsigkeit, diskreditiert war. In der politischen Sphäre war es lange Zeit immer umgekehrt. Aber heute besinnt sich auch das Lutherum auf die Pflicht zum politischen Handeln in stärkerem Maße. Es muß nun aber an dieser Stelle noch einmal mit größtem Nachdruck betont werden, daß alles politische Handeln, wenn es wirksam sein soll, konkreten Charakter tragen muß, und das heißt im demokratischen Staat, daß es eine bestimmte parteimäßige Färbung zu tragen hat. Wer heute glaubt, daß er zu konkreten politischen Fragen in Ueberparteilicher Weise Stellung nehmen kann, verkennt einfach die politische Situation. Sowohl die außenpolitischen wie auch die innenpolitischen, die sozialen wie die kulturellen Fragen sind derart strittig, daß es heute nicht einmal möglich ist, Menschen derselben inneren Haltung zu der gleichen praktischen Entscheidung in der politischen Ebene zu bringen. Wenn eine Frage wie z. B. das Volksbegehren über das Freizügigkeitsgesetz die Gemüter bis in die tiefsten Tiefen bewegt, dann ist es ganz unmöglich, über eine derartige Frage zu sprechen oder zu schreiben, ohne pro oder contra Stellung zu nehmen. Auch der beste Wille zur Ueberparteilichkeit bei der Behandlung dieser oder ähnlicher Fragen wird immer einen irgendwie gearteten Standpunkt des betreffenden handelnden Menschen durchleuchten lassen. Es ist aber für die Sauerheit des politischen Handelns und für das Ansehen der Kirche viel besser, wenn ein Standpunkt, den man einnimmt, offen und rückhaltlos, aber mit ehrlicher Achtung vor dem Gegner vertreten wird, als wenn man unter dem Schein der Ueberparteilichkeit eine Frage bewußt oder unbewußt doch parteimäßig behandelt. Ein solches Verhalten muß unbedingt das Vertrauen zur kirchlichen Ehrlichkeit, das ohnehin in weiten Kreisen geschwunden ist, aufs Schwerste erschüttern. Und so ist es zum mindesten auch sehr zweifelhaft, ob man der Glaubwürdigkeit der kirchlichen Parole, „die Kirche steht über den Parteien“ damit dient, wenn bei allen größeren kirchlichen Kundgebungen nur solche Redner gewählt werden, die den Rechtsparteien angehören. Der Einwand, daß kirchlich interessierte Persönlichkeiten anderer Richtungen nicht vorhanden seien, kann doch wirklich nicht ernst genommen werden.

Unter den heutigen politischen Formen kann von einer Ueberparteilichkeit der Kirche nur dann ernsthaft die Rede sein, wenn sie die Angehörigen aller politischen Parteien, soweit sie der Kirche angehören wollen, die unbedingte freie Betä-

tigung ihrer politischen Ueberzeugung gestattet, und wenn sie mit Ernst darauf bedacht ist, daß in ihren Kundgebungen, in ihrer offiziellen Vertretung, in ihren Presseäußerungen Männer und Frauen der verschiedensten Richtungen zu Wort kommen und Gehör finden. So wäre es z. B. eine weithin leuchtende symbolische Handlung der Ueberparteilichkeit der Kirche, wenn neben den vielen führenden Persönlichkeiten, die ausgesprochen oder unausgesprochen der politischen Rechten angehören, auch einmal ein Vertreter der Linken, also etwa der Sozialdemokratie in ein höheres kirchliches Amt berufen würde. Warum sollte es z. B., wo es doch bereits sozialistische Theologieprofessoren gibt, nicht auch einmal einen sozialistischen Generalsuperintendenten geben?

Von einer Ueberparteilichkeit der Kirche kann im Ernst erst dann die Rede sein, wenn sich in ihr, das heißt bei der Mehrzahl ihrer führenden Persönlichkeiten und ihrer Glieder die aufrichtige Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß es durchaus möglich ist, aus der gleichen inneren Grundhaltung zu verschiedener politischer Stellungnahme zu kommen, und wenn in der Kirche selbst ein Boden geschaffen worden ist, wo Menschen aller politischen Schattierungen etwas von der echten christlichen Brüderlichkeit erleben, die aus dem einen Heiligen Geist erwächst, der sich in vielen Geistern auf eigene Weise offenbart.

Wenn eine Kirche, die in dieser Weise innere Gemeinschaft unter Menschen jeder politischen Haltung pflegt und also wahrhaft Ueberparteilich ist, dann einmal in Zeiten höchster politischer Erregung die im zweiten Absatz gekennzeichnete, für alle Zeiten wesentliche Funktion wahrnimmt, dann würde sie zweifellos in der Öffentlichkeit mehr Gehör finden als jetzt und würde als eine „Ueberparteiliche“ Instanz für die Verkündigung des göttlichen Willens, der sich an alle Menschen richtet, wesentlich zur Befriedung unseres Parteilebens beitragen können.

Hamburg,

Dr. S. Wagner.

Neue deutsche Kirche in Südwest

Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft schreibt uns: Wie hoch die deutsche Kirche in der Konfession als Faktor für die Pflege des Deutschtums in unseren alten Schutzgebieten zu bewerten ist, ist jedem Freunde und Kenner deutscher Kolonialarbeit längst bekannt.

Unter diesen Umständen muß es als außerordentlich erfreulich bezeichnet werden, daß das Pfarramt der deutsch-evangelischen Südgemeinden von Südwestafrika mit dem Sitz in Keetmanshoop im Jahre 1927 dank der Mithilfe der heimatischen Kirchenbehörden neu aufgebaut worden ist. Nunmehr hat sich die Ortsgemeinde Keetmanshoop entschlossen, die schon 1914 kurz vor der Vollendung stehenden, dem Kriege zum Opfer gefallen Baupläne endlich zur Ausführung zu bringen. Eine kleine deutsch-evangelische Kirche und ein Pfarrhaus sind zurzeit im Bau; die Einweihung ist für den 2. Adventssonntag in Aussicht genommen.

Der in Südwesten Klippen (Hau-Steine) ausgeführte Bau wird zweifellos ein Wahrzeichen deutscher Ausbauwille hier draußen in der alten deutschen Kolonie inmitten südafrikanisch-englischer Umgebung werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll noch im Laufe des Monats August ein deutscher Kindergarten eröffnet werden, der dazu mitzuhelfen bestimmt ist, die heranwachsende Jugend mit deutschem Geiste zu erfüllen.

Auf den Spuren unserer größten Deutschen im Harz.

Von Dr. B. S. Jaup.

Es ist ein seltsames Zusammentreffen und muß jeden Deutschen, insonderheit den Harzfreund interessieren, daß die drei deutschen Männer, die wir wohl unsere größten nennen dürfen, nämlich Luther, Goethe und Bismarck mit unserem Harz durch besonders denkwürdige Beziehungen verknüpft sind. Denn für jeden dieser drei wurde der Harz zum Schauplatz von Ereignissen, welche auf die Gestaltung ihres Lebenswerkes sowie ihres persönlichen Lebens von einschneidendem Einfluß gewesen sind.

Es war im Jahre 1517, da Luther dem Harz einen kurzen Besuch abstattete, der für die Reformation von einschneidender Bedeutung werden sollte. Von seinem Aufenthalt zeugt ein Gedenkstein, der sich etwas abseits des Waldweges befindet, der von Wernigerode nach Ilfenburg führt. Es ist der vom Fürsten Christian Ernst zu Stolberg-Wernigerode errichtete Lutherstein. Er enthält eine Inschrift, darüber das Reliefbildnis des einstigen Augustinermönchs und bezeichnet die Stelle, wo im Mittelalter das Augustinerkloster Himmelpforte stand. Dort hat Luther auf einer Visitationsreise zwei Tage verweilt und am 6. August 1517 mit seinem Vorgesetzten Johann von Staupitz eine Unterredung über den Ablasshandel gehabt. Nur wenige Monate später schlug Luther seine 95 Thesen an die Schlosskirche in Wittenberg. Ob diese Tat eine unmittelbare Folge jener Unterredung war, ist uns leider nicht überliefert. Denn das Kloster wurde später im Bauernkrieg völlig zerstört, und so wird mit ihm auch die Urkunde, die uns Näheres über diese Besprechung der beiden Männer berichten könnte, vernichtet worden sein. Aber auch wenn in ihr die Thesen selbst noch nicht formuliert worden waren, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß die Unterredung für Luther den letzten entscheidenden Antriebs zu ihrer Abfassung und Veröffentlichung gebildet hat. So besaß jene Unterredung einzigartige Bedeutung als Vorstufe zu der Tat, mit der Luther wenig später der Welt die Geburtsstunde der Reformation verkündete.

Auf einem ganz anderen Gebiete liegen die Wirkungen, die aus der Berührung Goethes mit unserem Harz

zu einem dauernden Gewinn für unser Volk und die Menschheit wurden. Wir sind hier in der glücklichen Lage, eingehende Berichte des Dichters zu besitzen, aus denen hervorgeht, wie starke Anregungen und Eindrücke die Reisen im Harz dem Dichter und dem Naturforscher Goethe vermittelt haben.

Von den vier Harzreisen, die Goethe unternommen hat, ist die erste, in der winterlichen Besteigung des Brokens gipfelnde, die bedeutendste, am tiefsten in sein Leben eingreifende gewesen. In der Ode „Harzreise im Winter“, an deren Hand wir die einzelnen Stadien jenes abenteuerlichen Kitzes in den winterlichen Harz verfolgen können, hat Goethe einen Teil der mannigfaltigen Eindrücke und Erlebnisse jener Reise zu einem ergreifend schönen Gedicht gestaltet. Der Dichter unternahm die Reise im November 1777, und zwar, seiner eingeborenen Freude am Versteckspiel folgend, unter dem Pseudonym eines Wälers Weber aus Darmstadt. Hauptzweck der Reise war für ihn, den Bergbau im Harz kennen zu lernen und sich dadurch auf die Aufgaben vorzubereiten, die seiner als Beamter und Reorganisator der thüringischen Bergwerke in seiner neuen Heimat harren. Daneben war in ihm der Wunsch rege, den jungen Pflesing, den Sohn des damaligen Superintendents in Wernigerode, persönlich kennen zu lernen. Dieser durch die Lektüre des „Werther“ in eine verzweifelte Gemütsstimmung geratene Jüngling hatte sich in zwei Briefen hilfesuchend an den Dichter gewandt, ohne jedoch eine Antwort von ihm zu erhalten. Goethe besuchte ihn in Wernigerode, erkannte aber schon nach dem ersten Zusammentreffen, daß seine Versuche, den lebensabgewandten jungen Menschen von seinem Pessimismus abzugreifen, vergeblich sein würden. Entschlossen, ihn nicht wiederzusehen, verläßt Goethe den unglücklichen Selbstquäler und ruft ihm in seiner „Harzreise im Winter“ voll innigen Mitgeföhls die Worte nach:

„Ach, wer heilet die Schmerzen
Des, dem Balsam zu Gift ward?
Der sich Menschenhaß
Aus der Fülle der Liebe trank?
Erst verachtet, nun ein Verächter,
Zehrt er heimlich auf
Seinen eignen Wert
In ungnügender Selbstsucht.“

Ist auf deinem Pfalter,
Vater der Liebe, ein Ton
Seinem Ohre vernehmlich,
So erquickte sein Herz!
Oeffne den umwölkten Blick
Ueber die tausend Quellen
Neben dem Durstenden
In der Wüste.

Von Wernigerode ritt Goethe über Ilfenburg und Goslar nach Klaustal und besichtigte dort einige Bergwerke. Dort hat ihm, wie er selbst schreibt, das Schicksal ein „grobes Kompliment“ gemacht. Als er sich nämlich in einer der Gruben befand, wurde der unmittelbar vor ihm gehende Bergmann von einem schweren Stein, der sich abgelöst hatte, niedergeschlagen und konnte sich nur dank seiner starken Körperkräfte retten. Hätte es Goethe getroffen, so wäre er wohl schwerlich mit dem Leben davon gekommen.

Am 10. Dezember erreicht Goethe das Torfhaus, damals nur eine kleine Försterei. Von dort aus wagt er das für damalige Zeiten durchaus verwegenes Unternehmen einer winterlichen Besteigung des Brocken. Jedermann rät ihm ab hinaufzugehen. Schließlich gelingt es ihm, den Förster zu überreden, ihn zu führen. Reich belohnt wird der Dichter für den mühevollen Weg. Denn auf dem Gipfel grüßt ihn heller Sonnenschein, unter ihm wogen die Nebel. Damerfüllten Herzens genießt er den großen Anblick, sieht den geheimen Wunsch seiner Reise, den Brocken zu ersteigen, den er nur Frau von Stein, seiner vertrautesten Freundin, offenbart, aufs herrlichste erfüllt.

Und Altar des lieblichsten Danks
Wird ihm des gefährdeten Gipfels
Schneebehagener Scheitel,
Den mit Geisterreihen
Kränzten ahnende Völker.

Auf seinen späteren Harzreisen, die der Dichter im wesentlichen dem Studium der Geologie und Mineralogie des Harzes widmete, hat Goethe noch zweimal den Brocken bestiegen. Die schönste dichterische Gestaltung dieser Brockenwanderungen hat er uns in der „Walpurgisnacht“ des „Faust“ geschenkt und hat damit zugleich der uralten, nie verstummenden Volksfrage vom mitternächtlichen Hexen- und Teufelspuk auf dem Brocken

Vorste

Auch die B

Donnerstag
Besprechung im
stat. Hoepfer-
Notwendigkeit,
Die Grenzen m
werden. Ein
Gruppen sei n
die Sozialdemo
te anerkannt
im Wahlkampf
Politik Bräunig

Hoepfer-
sich Staatspart
der Gleichbere
schließen. Gehe
Zeile besitzt, so
Vorhitz führen.

Minister
machte dafür se
partei geht in
Scholz gibt in

Minister
gebot den Gru
gen, aus dem
zukommen und
Partei der sta
menden freibe
lage zu sammel
an den Namen
eine innere U
zugemutet wer
in der Volksp
auf dem Boden
der Staatspari

Minister
seinem Angebe
gegangen sei.
mal die stärker
lehren, was ill
wegung stehe.
der Aufgabe

Deutschl

Neue Zoll

— Warschau

licht die am 4. K
regierung auf d
len angesichts d
handlungen m
Antwortnote m
fähliche Gleich
erhöhungen m
Landwirtschafts
polnische Press
einem Kommer
Forderung in U
tion erhoben m

ein Denkmal f
durch Goethe
Herzen der Ha
übten Brauch
1. Mai Jung u
auf dem Brock
sammenführt.
Was schließ
trifft, so hat d
auf die unver
Volk und Nat
tung seines pe
deutung.

Es war im
Blankenburg
Bekannten u
Puttkammer
march schloß
schaft führte
Ilfenburg. W
weiteren Berl
länder Tropf
abgestattet. A
trappesellen b
entscheidende
Teilnehmer se
die Blankenb
hammer noch
Ballenstedt a
dem schönen
nen Schlosse
men Leben
Zwiesprache
darauf durch
werden sollte.

Wer so Ber
gedenkt, sollt
wähnt lassen,
lers eine gro
Feier seines
Wenn dann u
haupt die Ge
weckend und
leuchtend, so
der man das
hebender beg

Vorstoß der Staatspartei endgültig gescheitert

Auch die Besprechung Scholz-Höcker-Schöff ergibt sich als gescheitert.

Donnerstagabend 6 Uhr fand im Reichstag die Besprechung zwischen Dr. Scholz und Höcker-Schöff statt. Höcker-Schöff betonte in der Unterredung die Notwendigkeit, eine staatsbürgerliche Mitte zu schaffen. Die Grenzen nach rechts und links müßten gewahrt werden. Ein Zusammengehen mit den konservativen Gruppen sei nicht möglich. Andererseits müsse auch die Sozialdemokratische Partei als staatsbefähigende Partei anerkannt werden, unbeschadet der Notwendigkeit, im Wahlkampf gegen sie zu kämpfen und für die Politik Brünings einzutreten.

Höcker-Schöff machte dann das Angebot, daß sich Staatspartei und Volkspartei auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu einer Partei zusammenschließen. Geheimrat Kahl, der das Vertrauen beider Teile besitzt, solle bis zur endgültigen Regelung den Vorsitz führen.

Minister Scholz lehnte dieses Angebot ab und machte dafür folgendes Angebot: Die Deutsche Staatspartei geht in der Deutschen Volkspartei auf. Minister Scholz gibt in diesem Fall die Führung ab.

Minister Höcker-Schöff erwiderte, daß dieses Angebot den Grundgedanken aller bisherigen Bemühungen, aus dem Gehäuse der alten Parteien herauszukommen und die für die Gründung einer neuen Partei der staatsbürgerlichen Mitte in Betracht kommenden freischaffenden Kräfte auf einer neuen Grundlage zu sammeln, widerspreche. Er klammerte sich nicht an den Namen der Staatspartei. Allen aber müsse eine innere Umwandlung zugunsten der Staatspartei zugemutet werden. Ein Aufgehen der Staatspartei in der Volkspartei bedeute lediglich eine Sammlung auf dem Boden der Deutschen Volkspartei und könne der Staatspartei nicht zugemutet werden.

Minister Scholz erwiderte darauf, daß er mit seinem Angebot bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Deutsche Volkspartei sei nun einmal die stärkere Partei und erst der Wahlkampf müsse lehren, was überhaupt hinter der volkspolitischen Bewegung stehe. Ein weiteres Entgegenkommen als das der Aufgabe der Führung sei ihm unmöglich.

Deutschlands Antwort an Polen.

Neue Zollverhandlungen mit Polen abgelehnt.

— Warschau, 8. August. Die polnische Presse veröffentlicht die am 4. August überreichte Antwortnote der Reichsregierung auf die polnische Note vom 15. Juni, in der Polen angesichts der deutschen Zollserhöhungen neue Zollverhandlungen mit Deutschland forderte. In der deutschen Antwortnote werden unter dem Hinweis auf die grundsätzliche Gleichartigkeit der von Polen beanstandeten Zollserhöhungen mit den früheren, sowie auf die deutsche Landwirtschaftskrise die Verhandlungen abgelehnt. Die polnische Presse versteht die deutsche Antwortnote mit einem Kommentar, in dem es heißt, daß die polnische Forderung in Uebereinstimmung mit der Genfer Konvention erhoben worden sei. Aus der deutschen Ablehnung

ein Denkmal für alle Zeiten gesetzt. Noch heute ist der durch Goethe wiedererweckte Walpurgiszauber in den Herzen der Harzer lebendig und hat einen stets eifrig geübten Brauch entwickelt, der in der Walpurgisnacht zum 1. Mai Jung und Alt zu ausgelassenem Spiel und Tanz auf dem Brocken und an anderen Orten des Harzes zusammenführt.

Was schließlich Bismarcks Aufenthalt im Harz betrifft, so hat dieser zwar keinen unmittelbaren Einfluß auf die unvergänglichen Taten des Kanzlers für unser Volk und Vaterland, wohl aber war er für die Gestaltung seines persönlichen Lebensschicksals von großer Bedeutung.

Es war im Juli 1846, als Bismarcks Jugendfreund Blankenburg mit seiner Gattin und Schwester, einigen Bekannten und der ihnen befreundeten Johanna von Puttkammer eine Reise nach dem Harz unternahm. Bismarck schloß sich ihnen an. Die neunköpfige Reisegesellschaft führte ihr Weg zunächst über Wernigerode nach Ilfenburg. Von dort wurde der Brocken erstiegen. Im weiteren Verlauf wurde Harzburg, Goslar, den Harzländern Tropfsteinhöhlen und Blankenburg ein Besuch abgestattet. Am 1. August trennte man sich auf dem Roftrappesfeld bei Thale, und nun begann das für Bismarck entscheidende Stadium der Reise. Während die übrigen Teilnehmer schon die Heimreise antraten, unternahmen die Blankenburgs, Bismarck und Johanna von Puttkammer noch eine Fahrt ins Seltetal, die sie unweit Ballenstedt auf die Burg Falkenstein führte. Hier, auf dem schönen alten, inmitten reizvoller Natur gelegenen Schloß verplauderten die beiden zum gemeinsamen Leben bestimmten eine Mondnacht in vertrauter Zwiesprache und schlossen den Harzbesuch, dem bald darauf durch Verlobung und Ehe seine Vollendung zuteil werden sollte.

Wer so der intimen Beziehungen Bismarcks zum Harz gedenkt, sollte auch nicht jenen schönen Brauch unterlassen, der alljährlich am Geburtstags des Kanzlers eine große Schar deutscher Männer und Frauen zur Feier seines Andenkens auf dem Brocken vereinigt. Wenn dann um die Mitternacht auf dem mächtigen Berg die Feuer angezündet werden und die Flammen wehend und mahnend weit in deutsche Lande hinabgleiten, so kann man sich kaum eine Stätte denken, auf der man das Andenken unseres Großen würdiger und erhebender begehen könnte.

Scholz gibt auf.

Die Sammlungsverhandlungen gescheitert.

Am Donnerstagmittag traten im Reichstag die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Landvolkspartei zu der angekündigten Sitzung zusammen.

Wie wir erfahren, gelangte man nicht zu dem Ziel, das seinen Ausdruck in einem gemeinsamen Wahlauftritt erhalten sollte. Es wurde vielmehr lediglich ein Burgfrieden vereinbart. Weitere Verhandlungen finden nicht mehr statt.

Vor dieser Besprechung hatte der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei eine Sitzung abgehalten, in der innere Parteifragen besprochen wurden.

Zum Scheitern der Sammlungsaktion.

— Berlin, 7. August. Ueber die ergebnislose Aussprache zwischen dem Parteiführer der deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, und dem Verhandlungsführer der Deutschen Staatspartei, Dr. Höcker-Schöff, meldet der „Demokratische Zeitungsdienst“:

Auf die Frage des Ministers Höcker-Schöff, ob nicht am Freitag morgen noch eine Aussprache mit Kommerzienrat Köhling stattfinden solle, der beiden Teilen seine Vermittlung angeboten habe und am Freitag morgen in Berlin sei, antwortete Dr. Scholz, daß er diese Unterredung für zwecklos halte. Die Deutsche Volkspartei warte darauf, daß nunmehr die Parole zu selbständigem Vorgehen herausgegeben werde und er, Dr. Scholz, werde diese Parole jetzt ausgeben.

Von volksparteilicher Seite wird bestätigt, daß die beiden Abgeordneten der saarländischen Volkspartei, Kommerzienrat Köhling und Schelzer, Freitag in Berlin eintreffen, jedoch würden keine Verhandlungen zwischen Staatspartei und Deutscher Volkspartei mehr geführt werden.

gehe hervor, daß die deutsche Schutzollpolitik den Grundfäden einer Stabilisierung des Zollniveaus widerspreche.

Gegenüber dieser polnischen Darstellung ist darauf hinzuweisen, daß im Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 den vertragschließenden Teilen ausdrücklich das Recht vorbehalten ist, in dringenden Fällen Zollserhöhungen vorzunehmen, ohne daß die dadurch betroffenen Vertragsstaaten deshalb neue Verhandlungen beanspruchen können, und daß Polen selbst vor kurzem eine sehr bedeutende Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle beschlossen hat.

Gibt Litauen Wilna preis?

Ein polnisch-litauischer Ausgleichsvorschlag.

Das Warschauer Regierungsblatt „Głos Poranny“ verzeichnet aus diplomatischen Kreisen stammende Gerüchte über jüngst in Wilna gepflogene geheime Verhandlungen zwischen Polen und Litauen, die dank der Vermittlung des Vatikans zustande gekommen sein sollen. In dieser Konferenz soll ein geheim entsandter Delegierter Litauens und ein Vertreter des Vatikans teilgenommen haben.

Bei dieser Besprechung sei der Plan einer polnisch-litauischen Verständigung erörtert worden. Hierbei habe sich Polen erbötig gemacht, Sejn (im Kreise Suwalki) an Litauen abzutreten, während Litauen wiederum seine Ansprüche auf Wilna aufgibt und sich mit der Möglichkeit kultureller Arbeit im Wilnaer Gebiet begnügt.

In Wilna soll noch unter Beteiligung eines Vertreters des Heiligen Stuhles eine internationale Delegation gebildet werden, die eventuelle nationale Streitigkeiten zu schlichten hätte. — „Głos Poranny“ schlägt vor, nun auch Litauen zu der in Warschau geplanten Konferenz der Agrarstaaten einzuladen, um den litauischen Staat „aus dem Bannkreis der deutschen Politik zu ziehen“.

„Briands Plan bereits tot.“

„Daily Telegraph“ wartet nur noch auf die Totenrede. Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph“ befaßt sich angesichts der in Aussicht gestellten zweiten Denkschrift Briands nochmals mit dem Paneuropaplan und schreibt dazu:

„Abgesehen von anderen Einwendungen reicht die hartnäckige Unterordnung des wirtschaftlichen unter das politische Element hin, um den Plan in seiner Gesamtheit unannehmbar zu machen. Alles, was an dem Plan in wirtschaftlicher Beziehung möglich ist, gehört rechtmäßigerweise zu den Aufgaben des Völkerbundes, und die vorgeschlagene Bildung einer besonderen politischen Organisation außerhalb des Bundes zur Erledigung von Aufgaben des Völkerbundes wäre eine unnötige und schädliche Verdoppelung sein. Der Plan ist bereits tot, und Briand hat in seinem Bericht, den er für Genf vorbereitet, jetzt nur noch die Totenrede zu halten.“

Ein ähnlich unfreundlicher Artikel — allerdings aus anderen Beweggründen — bringt das Pariser „Journal“, nach dem die Paneuropa-Diskussion alle Elemente der Uneinigkeit zwischen den Nationen wach gerufen hat.

Frankreichs Haushaltsplan für das neue Finanzjahr soll eine Erhöhung der Ausgaben um rund eine Milliarde Mark vorziehen.

Die Industrie der Wunder

— Berlin, 8. August.

Das Werk der Enquete-Kommission zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft ist durch einen interessanten Band bereichert worden. Es handelt sich um die Untersuchung der chemischen Industrie, also der Industrie der eigentlichen wirtschaftlichen Wunder, die Seide aus Holz gewinnt und Düngemittel aus der Luft. Geführt wurde die Untersuchung von dem 3. Unterausschuß der Kommission, gefördert durch erste Sachverständige, die nicht weniger als 40 Gutachten beigezeichnet haben.

Die chemische Industrie spielt in der deutschen Volkswirtschaft eine bedeutende Rolle; nicht so sehr ihrer absoluten Betriebszahlen wegen — die chemische Industrie zählt etwa 6200 Fabriken mit rund 300 000 Beschäftigten — wohl aber wegen des hohen Wertes, den ihre Erzeugnisse für alle Zweige unserer Volkswirtschaft haben. Von Jahr zu Jahr ist die Ausdehnung der chemischen Industrie gewachsen. Was früher Luxusartikel eines kleinen Kreises waren, so z. B. Parfümerien, Badesalze, Mund- und Haarwasser, das sind heute dank der erhöhten Körperpflege tägliche Gebrauchsgegenstände vieler Millionen geworden. Dazu kommt der Siegeszug des Rundfunks, des Films, des Flugwesens und der Amateur-Photographie, die alle irgendwie der chemischen Industrie erhöhten Absatz gebracht haben, nicht zu reden von dem Krieg, in dem die chemische Industrie mit die vernichtendsten Kampfmittel herstellte. Wie groß heute die Vielseitigkeit der chemischen Industrie ist, ergibt sich daraus, daß die Zahl der chemisch-pharmazeutischen Spezialprodukte von sachverständiger Seite auf 70 000 veranschlagt wird.

Der Wert der chemischen Velterzeugung ist von 10 Milliarden M. im Jahre 1913 auf 22 Milliarden Mark im Jahre 1927 gestiegen, also auf mehr als das Doppelte. Tatsächlich ist der Aufschwung der Industrie der technischen Wunder aber noch weit größer, als diese Zahlen vermuten lassen, sind doch zwischen 1913 und dem letzten Berichtsjahr zahlreiche Produkte stark im Preise gefallen, die Düngemittel z. B. auf 80 Prozent der Vorkriegspreise. Mengenmäßig geht denn auch die Produktionssteigerung der chemischen Industrie noch über die wertmäßige Zunahme hinaus. Leider ist der Geldwert der chemischen Velterzeugung Deutschlands nur von 2,4 Milliarden M. 1913 auf 3,6 Milliarden M. 1927 gestiegen, so daß damit der Anteil Deutschlands an der — verdoppelten — chemischen Gesamterzeugung von 24 auf 16 Prozent gefallen ist. Weit günstiger gestaltet sich die Bilanz für die Vereinigten Staaten, hat dieses Land doch nahezu eine Verdreifachung des Wertes seiner chemischen Erzeugnisse erzielen können.

Während so die Produktion einen erheblichen Aufschwung genommen hat, ist der Weltmarkt mit chemischen Erzeugnissen insofern zurückgegangen, als 1913 etwa ein Drittel, 1927 dagegen nur noch ein Fünftel der Weltproduktion einen Bestandteil des internationalen Warenverkehrs bildete. Zurückzuführen ist das einmal auf das Bestreben vieler Staaten, sich vom Auslande unabhängig zu machen — so hat Deutschland z. B. in England durch die hohen Schutzölle und in Rußland durch das Außenhandelsmonopol starke Rückschläge erlitten — zum andern aber auch darauf, daß nicht wenige chemische Erzeugnisse ihrer militärischen Bedeutung wegen Sonderbestimmungen unterworfen sind. Ferner wurde der internationale Handel durch die Sittenverwilderung während des Krieges geschädigt, indem die Patentrechte vernichtet und die Filialen ausländischer chemischer Fabriken kurzzeitig enteignet wurden.

An der Spitze aller Ausfuhrländer steht heute Deutschland, das noch immer ein Drittel seiner chemischen Gesamtproduktion auf dem Weltmarkt absetzt und in dessen Außenhandelsbilanz die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse in Höhe von 1420 Millionen M. den größten Einnahmeposten bildet. Die Hauptstütze unserer chemischen Industrie bildet aber der Inlandsmarkt, der zwei Drittel der Produktion aufnimmt, vor allem aber die heimische Landwirtschaft, die statt der 185 000 Tonnen Reinstickstoff vor dem Kriege heute 400 000 Tonnen verbraucht und dabei dank der Preisentwicklung noch etwa 200 Mill. M. ersparen kann.

Zum Schluß noch ein Wort über das Personal der chemischen Industrie. Wie nicht anders zu erwarten war, ist die chemische Industrie mit ihren vielen Laboratorien und Versuchsanstalten aufs engste mit der Wissenschaft verbunden, deren Fortschritte und Verbindungen in den chemischen Fabriken praktisch verwertet und damit der Menschheit erst nutzbar gemacht werden. Im Zusammenhang damit steht wohl auch, daß die chemische Industrie von allen Wirtschaftszweigen den höchsten Anteil von qualifizierten Arbeitskräften aufzuweisen hat. 21,4 Prozent der gesamten Belegschaft entfallen auf Aufsichts-, Verwaltungs- und kaufmännisches Personal.

Ueber die Zukunftsaussichten der chemischen Industrie äußert sich der Bericht des Ausschusses zurückhaltend, und er tut gut daran, sind doch die Aussichten angesichts der vielen Neubauten zur Erhöhung der Produktion bei gleichzeitiger Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten sicher nicht die besten. Dennoch glaubt der Ausschuß die Hoffnung ausprechen zu können, daß die fördernden Kräfte der deutschen chemischen Industrie ausreichen werden, um allen Schwierigkeiten zu begegnen und den jetzigen hohen Stand des Industriezweigs zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Der Fluch der Kriegskriegs.

Die deutschen Reparationen zerkören Englands Handel. — London, 8. August.

Die Vereinigung der britischen Elektrizitätsindustrie veröffentlicht einen Bericht über die Wirtschaftslage der Welt, der außerordentliche Beachtung verdient. Der Bericht enthält nämlich den Vorschlag, die deutschen Reparationen abzuschießen, weil die Kriegskriegs die gesamte Weltwirtschaft in Unordnung bringen. Selbstverständlich macht die englische Elek-

triziatsindustrie ihren Vorschlag lediglich aus nation-
nawirtschaftlichen Gründen — aber damit bestätigt sie
ja gerade, daß die Reparationen mit einem doppelten
Fluch belastet sind, indem sie weder dem Land, das
sie aufbringen muß, noch dem Land, das sie empfängt,
Segen bringen.

Im einzelnen wird in dem Jahresbericht noch aus-
geführt, Deutschland bezahle die Reparationen durch
eine reichlichste Kapitaleinfuhr und müsse deshalb, um
die Anleihen verzinsen und wieder tilgen zu können,
durch eine übersteigerte Ausfuhr und einem Verkauf
seiner Waren zu niedrigsten Zwangspreisen Gegen-
werte hereinholen. Ein Beweis dafür sei die kürzlich
erzwungene Herabsetzung der Eisen- und Stahlpreise,
und die gesunkenen Kohlenfrachten. Um solche Metho-
den, die zu Repressalien führen und das internatio-
nale Mißtrauen verschlimmern müssen, zu verhindern,
solle man endgültig auf die Reparationszahlungen
verzichten.

Der Roggenanbau.

Ein Ratschlag des preussischen Landwirtschafts-
ministeriums.

Das preussische Landwirtschaftsministerium mahnt
in einer Veröffentlichung zur Vorsicht bei der Herbst-
bestellung und betont die Notwendigkeit einer Ausdeh-
nung der Selbsthilfe der Landwirtschaft auch auf die
Frage der Stabilisierung der Roggenpreise.

„Diese Selbsthilfe“, so fährt die Veröffentlichung
dann fort, „liegt ausschließlich in einer Verkleinerung
der im Inlande erzeugten Roggenmenge! Die Reichs-
und Länderregierungen stehen diesen Selbsthilfeabsich-
ten wohlwollend gegenüber und sind bereit, zur Er-
leichterung der Umstellung Unterstützungen zur Ver-
fügung zu stellen. Die Landwirtschaft muß also darauf
bedacht sein, die Anbaufläche des Roggens überall dort
einzuschränken, wo an dessen Stelle die Bodenverhält-
nisse einen Weizenanbau zulassen. Das ist eines der
wichtigsten Mittel, die ungünstige Preisentwicklung des
Roggens zu beseitigen. Es besteht durchaus die Mög-
lichkeit, die derzeitige Roggenanbaufläche um minde-
stens 1 Million Hektar zu verkleinern.

Ein Blick in die Außenhandelsstatistik zeigt, daß
Deutschland in den letzten Jahren zwar Roggen aus-
geführt, dafür aber nahezu die Hälfte seines Weizen-
bedarfes eingeführt hat. Der Weizeneinfuhrüberschuß
betrug sich 1926 auf 1964 408 Tonnen, 1927 auf
2 568 412 Tonnen, 1928 auf 2 179 604 Tonnen, 1929
auf 1 772 972 Tonnen.

So ergibt sich also die Überlegung, ob ein für
die Roggenbestellung in Aussicht genommenes Feld
nicht rentabler mit Weizen zu bebauen ist. Grundsätzlich
ist zu fordern, daß ein Roggenanbau auf weizen-
fähigen Aedern zu unterbleiben hat, wenn er aus-
schließliche betriebliche, die nötigen Roggenmengen
für Deputat und Haushalt zu beschaffen. Bei der
Preisspanne zwischen Roggen und Weizen ist es zweck-

mäßig, diese Roggenmengen zu kaufen und dafür We-
izen zu verkaufen. Das bedeutet auch einen Akt der
gegenseitigen Selbsthilfe der Landwirtschaft, weil dann
der Landwirt des besseren Bodens dem ärmeren Rog-
genboden gegenüber als Konsument auftritt.

Eine ausreichende Preisspanne zwischen Roggen
und Weizen kann nach Ansicht des preussischen Land-
wirtschaftsministeriums auch in Zukunft aufrechterhal-
ten werden. Außerdem verweist man darauf, daß der
Reichsernährungsminister jederzeit die Mühlen zur
Vermahlung eines großen Prozentsatzes von Inlands-
weizen verpflichtet und damit den Weizenpreis stützen
kann.

Deutsches Postflugzeug vermisst.

In den schwedischen Schären verschollen. — Hoffnung
auf Rettung der Besatzung.

— Berlin, 7. August.

Das in Stockholm planmäßig zum Fluge nach
Straßburg gekartete deutsche Postflugzeug D 1826 hat
bisher seinen Bestimmungsort nicht erreicht. Die letzte
Standortmeldung der mit Funkgerät ausgerüsteten Ma-
chine stammt von Heradsbær und erfolgte etwa
50 Minuten nach dem Start in Stockholm. Der nächste
Kontrollpunkt wurde nicht mehr gemeldet. Man muß
daher mit dem Verlust des Flugzeugs rechnen, hofft
aber, die Besatzung noch retten zu können.

Die Besatzung des Flugzeugs bestand aus Flug-
kapitän William Langante und Funker-Maschinist Paul
Vindemann. Passagiere wurden nicht befördert. Das
Ausbleiben von Nachrichten führte man darauf zurück,
daß die Telefonverbindung mit dem schwedischen
Schärengebiet zu wünschen übrig läßt.

Die Suche nach dem vermissten Flugzeug und
seiner Besatzung ist im vollen Gange. Das Gegenflug-
zeug der Strecke Straßburg—Stockholm wurde in Kal-
mar festgehalten, um sich bei Tageslicht an der Suche
zu beteiligen, hat jedoch nichts beobachtet können. Es
unternahm dann gemeinsam mit vier schwedischen zivi-
len Wasserflugzeugen einen neuen Suchflug. Außerdem
nahmen sofort die schwedische Marine und der schwe-
dische Postdienst die Sucharbeiten mit Torpedobooten
auf.

Das Flugzeug aufgefunden.

— Stockholm, 7. August. Der schwedische Flieger Niel-
son, der sich an der Suche nach dem verunglückten Post-
flugzeug D. 1826 beteiligte, teilt mit, daß er das Flugzeug
um 14,30 Uhr 30 Kilometer nördlich von Westervik ge-
funden habe.

Von Westervik (Südschweden) ist ein Taucher zur Un-
glücksstelle geführt worden, um die Leichen des verun-
glückten Flugzeugführers und des Radiotelegraphisten zu
bergen.

Letzte Meldungen.

Die Platzierung der Europarundflieger.

— Berlin, 8. August. Nach dem nunmehr endgül-
tig vorliegenden Ergebnis des Europarundfluges blieb
Fritz Moritz mit seiner HFB-Maschine mit 427 Pun-
ten knapper Sieger vor dem Klemm-Piloten Hoff, der
423 Punkte erhielt, und dem deutschen Jungflieger
Roh, ebenfalls auf einem Klemm-Deichflugzeug, mit
419 Punkten. Glänzend schnitt die Engländerin Miss
Spooner mit der Gattin des englischen Kapstadflie-
gers Butler als Begleiterin ab, die mit ihrer „Motte“
mit 416 Punkten den vierten Platz einnahm. Dann
folgte der deutsche HFB-Flieger B. Bolte mit 409
Punkten, der Kanadier Garberry mit 405 Punkten,
von Massenbach mit 399 Punkten und der im letzten
Teil der Prüfungen zurückgefallene englische Capt.
Broad mit 395 Punkten. — Die weiteren Plazie-
rungen werden später bekanntgegeben.

Ein neuer Transoceanflug.

Von New York nach Berlin.

In New York traf, von Los Angeles kommend,
der Flieger Ted Pundgren ein, um am Sonntag mit
einem neuen 425 PS Eindecker, begleitet von zwei
anderen Piloten, zu einem direkten Flug New York—
Berlin zu starten. Diese Strecke soll aber nur die erste
Etappe einer Weltreise im Flugzeug sein.

Der Apparat ist mit einem Kurzwellen- und
Langwellen-Radiogerät ausgerüstet, und die Flieger
wollen versuchen, ständige Verbindung mit dem Fest-
lande zu halten.

Kirchennachrichten für Zion.

Sonntag, den 10. August 1930. S. S. n. Trinitatis.

Vorm. 8 1/2 Uhr: Pastor Tegtmeyer; 9 Uhr: Pastor Straten-
werth; 10 Uhr: Pastor Wilmanns; 11 1/2 Uhr: Kindergottesdien-
st. Montag 20 1/2 Uhr: Gosen, Gemeindefeststunde.
Donnerstag 19 1/2 Uhr: Pastor Jasper.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 10. August 1930.

8 Uhr vorm. Frühgottesdienst: Pastor Neuhaus; 9 Uhr vorm.
Kindergottesdienst für die Konfirmanden von Herrn Pastor Neuhaus;
10 Uhr vorm. Gottesdienst: Pastor Dahlmann; 1 1/2 Uhr nachm.
Kindergottesdienst; 8 1/2 Uhr abends Abendmahlsfeier.

Dienstag, den 12. August 1930.

8 1/2 Uhr abends Bibelfest im Sellingskamp.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Freitag
8 1/2 Uhr Bibelfest in Gosen. 2. Petri 1, 10 ff. (Herr
San. Rat Dr. Blümcke).

Sonntag, bei günstiger Witterung Familienfahrt Der-
linghausen — Holte. Ab Telephonhaus 7 1/2 Uhr. Haupt-
bahnhof ab 8,16 Uhr. (Siehe Monatsprogramm).

Nachruf!

Nach Gottes unerforschlichem Willen ging
heute unser lieber, langjähriger Mitarbeiter

Herr Wilhelm Nagel

im 65. Lebensjahre heim.

Während seiner 20-jährigen Tätigkeit in
der Anstalt ist er uns durch seine unermüdete
Arbeitskraft und große Herzengüte und Treue
ein leuchtendes Vorbild geworden, das uns für
alle Zeiten unvergesslich bleiben wird.

Bethel, den 7. August 1930.

Ophir,

vereinigte Verkaufsstellen
der Anstalt Bethel.

Unsere

Mercedes-Benz Omnibusse

16-20 und 26-30 Sitzplätze, offen und geschlossen
zu fahren etc., stehen zu Ihrer Verfügung.

Zentral-Garage Friedhoff & Koch

Bielefeld
Herforderstr. 42

Ruf 5550

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den

= Posaunen-Chören =

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester
Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch
Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen
Erfolg

Kinderheim

„Haus Dörpfeld“

Nordseeinsel Föhr.

In den Monaten Sept.-Oktober
sind noch einige Plätze frei. Preis
für 6 Wochen Kur, einschl. ärzt-
licher Überwachung, 130.— Mk.
Anmeldungen nur bei der
Geschäftsstelle der evangel.
Schulgemeinde e. V., Barmen,
Sonntagsstr. 37. Ruf 5548.



HausFriedrich

Christliches Erholungsheim
nur für Erwachsene. Ruhiges,
alkoholfreies Haus mit herr-
licher Rheinaussicht. Besitzer

Aug. Friedrich & Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

EISU - Betten, Schlaf-
zimmer, Polster, Chaisel, an jeden Teil.
Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Buhl (Thür).

E. Münch

Brackwede
Hauptstraße 81
Ruf 2426

Seit 1886

Heimvolkshochschule

Hohensolms

Schloß Hohensolms (Kr. Weizlar)

Winterlehrgang für Mädchen
(4. Nov. 1930 bis 31. Jan. 1931)

Geistige und praktische Weiterbil-
dung. Aufnahmealter 17 bis 25
Jahre. Prospekte durch die Heim-
volkshochschule Hohensolms (Post
Weizlar-Land).

! Nordsee !

Kinderheim Paulsen

Illustrierter Prospekt kostenfrei
d. d. Besitzer: Gemeindevorsteher

Paulsen, Norddorf

Insel Amrum

Gut möblierte

Zimmer

in der Nähe des Kurhauses zu
ermäßigtem Preise.

Frau L. Dececco,
Bad Nauheim, Burgstr. N 25 III

Meln editer

Tilsiter Vollethikase

mit 48/52%, Fett i. T. kostet ab heute nur RM
1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post-
kolli und Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stoltzka

Dampfmolkerei Jedwillen,
Post Motzwehen, Tilsiter Niederung.

ZentRa-Uhren

Die Garantie-Uhr
deutscher Uhrmacher

Platura Bestecke

Schmuck

Uhren aller Art

Moderne Augenoptik

Sonnenschutzbrillen

Anerkannter Lieferant

sämtl. Krankenkassen

Telegramm aus

Bad Salzuflen

ab 15. August Kurtaxe-Ermäßigung

Herz Rheuma, Nerven, Luftwege, Frauenleiden

Hotel Fürstenhof Haus ersten Ranges

Evangel. Volksdienst

Westfalen Ost

Einladung

zu der am Sonntag, den 10. August, 4 1/2 Uhr im
Evangel. Vereinshaus in Herford stattfindenden

Vertreter-Versammlung

Tagesordnung:

1. Berichte
2. Wahlvorbereitung
3. Verschiedenes

Es ist unbedingt notwendig, daß aus allen Orten des Bezirkes
Vertreter anwesend sind. — Freunde können mitgebracht werden

Schriftführer Bredlow.

Kurhaus Monbachtal

(Christliches Erholungsheim) im Schwarzwald

wunderbar gelegen am Ausgang des wildromantischen
Monbachtals zwischen Höhen und Wäldern, Wiesen und
Wassern. Ozeanische und staubfreie Luft. Herrliche
Umgebung. Idealer Familienaufenthalt. Beste Verpflegung.
5.50 Mk. bis 6.50 Mk. Das ganze Jahr geöffnet. Eigener
Badeplatz an der Nagold. Eigene Autoverbindung mit
Bad Liebenzell. 2 Min. entfernt vom Bahnhof Mon-
bach-Neuhausen. Prospekte auf Wunsch.

H. Breder

Bielefeld, Gütersloherstraße 14
Fernsprecher 1012

Geislinger Bestecke

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik:
Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Beilage des Aufwärtz

Nr. 185.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend den 9. August 1930.

12. Jahrgang.

Von praktischer Politik

Wohnungsnot und

Arbeitslosigkeit.

Von Sanitätsrat Dr. Georg Vonne, Generaloberarzt a. D., Altona-Nissen.

Schon das gleichzeitige Nebeneinanderbestehen dieser beiden Notstände, der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, zeigt auf den ersten Blick, daß in der Behandlung dieser beiden Notstände irgend etwas nicht stimmt. Denn um die Wohnungsnot zu beseitigen, bedarf man vieler Arbeitskräfte. Die allgemeine Arbeitslosigkeit aber ist ein Beweis dafür, daß Arbeitskräfte genügend vorhanden sind. Warum werden also die Arbeitslosen nicht dazu verwandt, um die Wohnungsnot zu beseitigen? —

Die Regierung sagt: „Weil wir zu arm sind, um die Wohnungen zu beschaffen. Das Geld dazu fehlt.“ Das leuchtet mir nicht ein. Wenn die Regierung nun schon seit 12 Jahren bemüht ist, die mangelhafte Beseitigung der Wohnungsnot mit dieser Begründung zu entschuldigen, so ist das m. E. mit den einfachsten sozialökonomischen Zusammenhängen nicht zu vereinbaren. Die Arbeitslosigkeit im Lande mit Steuererhöhungen und Arbeitslosenunterstützungen bekämpfen zu wollen, bedeutet genau dasselbe, als wenn man die Hochwassergefahren durch einen Fluß dadurch beseitigen wollte, daß man sagt: „Die Deiche engen den Fluß nur ein; daher kommt das Hochwasser. Also laßt uns die Deiche einfach abtragen, dann hat der Fluß Raum genug, seine Wasser auszubreiten.“ — Die Deiche sind in diesem Falle die Privatvermögen, die den Strom der Arbeitslosen zu befriedigen. Was tut aber eine Regierung, deren sozialökonomische Weisheit darin besteht, daß sie, um die dringendsten Lebensbedürfnisse der 2-3 Millionen Arbeitslosen zu befriedigen, ihnen verkappte Almosen statt Arbeit gibt? Sie zerstört nicht nur jeglichen Arbeitsinn und Erwerbstrieb, weil Hunderttausende es schließlich ganz bequem finden, sich die Hungersuppe einfach in den Mund schieben zu lassen, — sie zerstört außerdem jeglichen Sparsinn, weil andere Hunderttausende sich sagen: „Was nützt mir mein Sparen? — Die Regierung holt mir mein fauerverdientes Geld infolge ihrer „Wirtschaft“ ja doch wieder durch ihre Steuern fort!“ — Sie zerstört aber durch diese geradezu sinnlosen Einkommen-, Umsatz-, Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern die Lebensfähigkeit der Betriebe, indem sie diesen geradezu die Betriebsmittel entzieht, mit deren Hilfe dieselben den Arbeitern allein Arbeit und Brot schaffen können! Mit anderen Worten: die Regierung würgt selbst die Nennen ab, die ihr die goldenen Steuererlöse legen sollen! —

Was bedeutet denn überhaupt „Sozialökonomie“?

Sozialökonomie bedeutet „sparsamste Menschenwirtschaft“, — sie umschließt gleichzeitig praktisches Christentum, reinstes soziales Wollen, die tiefgründigste Hygiene und Rassenbiologie und die höchst entwickelte Nationalökonomie. Mit einem Worte: Sozialökonomie ist in die Tat umgesetzte höchste Menschlichkeit! Wenn wir von diesem Standpunkte aus die sozialökonomische Bedeutung unserer Trinksitten und der Alkoholindustrie in Betracht ziehen, so können wir, sofern wir nüchtern und gerechten Sinnes sind, zu gar keinem anderen als einem geradezu vernichtenden Urteil gelangen. Wohl gibt letztere einigen hunderttausend Arbeitern Arbeit und Brot. Aber schon diese Tatsache schließt zwei große sozialökonomische Schäden in sich. Zunächst ist es eine Tatsache, die allen Volkswirtschaftlern und Statistikern bekannt sein dürfte, daß die Alkoholindustrie bei gleichem Kapitaleinsatz nur einen Bruchteil von den Arbeitskräften beschäftigt, wie jedes andere Gewerbe. Das Baugewerbe, das mit Recht das Schlüsselgewerbe für alle übrigen Industrien genannt wird, beschäftigt notorisch das Vierfache an Arbeitskräften wie das Alkoholgewerbe, selbstverständlich bei gleichem Kapitaleinsatz. Ein Moment kommt bei der Umleitung des Kapitalstroms von der Alkoholindustrie in das Baugewerbe zum Zwecke der Beschaffung von Kleinfiedlungen mit Garten hinzu, das wiederum von höchster sozialökonomischer Bedeutung ist. Während nämlich der Arbeiter im Etagenhause nur zu häufig mit seiner freien Zeit nichts anzufangen weiß, als in die Kneipe zu gehen oder aus Verzweiflung über seine schlechte Wohnung in diese „staatl. konfessionierten Betäubungsanstalten“ geht, um hier bei Wein, Bier oder Schnaps sein proletarisches Elend zu vergessen, ohne daran zu denken, daß er dadurch seine Gesundheit schädigt und seine Arbeitskraft mindert, lockt den Arbeiter in der Kleinfiedlung sein Garten hinaus in die frische Luft. Dort wünscht er sich zu betätigen; ein Stall für das Schweinchen, für die Hühner,

für die Kaninchen muß gezimmert werden, der Gartenzaun muß hergestellt oder ausgebessert werden, das Land muß umgegraben, gejätet, Kartoffeln müssen gepflanzt oder geerntet werden. Zu allen diesen Handtierungen braucht er eine große Anzahl Gerätschaften und Geschirre aller Art, Hammer und Bohrer, Äxt und Säge, Schaufel und Spaten, Harke und Hacke. Uebertragen wir den Bedarf an diesen Gegenständen für unser Volk in das Millionenfache, — wie es bei einer vernünftigen und planmäßigen Wirtschaft der Fall sein könnte und müßte! — so würden wir als zweiten großen sozialökonomischen Nutzen durch die Umleitung des Alkohol-Kapitalstroms in das Baugewerbe zum Zwecke der Erstellung von städtischen Kleinfiedlungen mit Garten im nächsten Umkreise der Städte die Schaffung einer blühen-

Pflüge ein Neues!

Und wenn des Alltags Grauen
die Seele dir verwirrt,
mußt du nach oben schauen
allzeit und unbeirrt.

Es gilt die Fäuste ballen
und Fuß vor Fuß gesetzt,
dann endet unser Wallen
am Ziel zu guter Letzt.

Und wer des Kämpfens müde
und matt nach Ruhe strebt,
dem wird durch Gottes Güte
die Kraft erneut belebt.

Mit frisch gestärkten Augen
siehst du auf Glut und Feld,
und spürst ein neues Taugen
zum Kämpfen mit der Welt.

Wohlauf! Mit neuem Wagen
beschreite deine Bahn,
ja, wirf dein düster Jagen
und Zittern kühn hintan!

Willst an dem Reich du bauen,
das Gott uns selber schenkt,
mußt du allein vertrauen
dem, der doch alles lenkt.

Er will ja nur Bereitschaft,
Ihm steht das Ende zu.
An seiner Hand Begleitschaft
kommt auch dein Kampf zur Ruh.

Und alle deine Sorgen,
sie schlafen mit dir ein,
und mit dem neuen Morgen
grüßt neu der Sonne Schein!

Bruno Goldschmit.

den Kleinfiedlungsindustrie im ganzen Reiche erleben, wie sie in früheren Jahrzehnten, als wir noch eine vernunftgemäßere Wirtschaft führten, ganzen Landstrichen gesunde Arbeit und Brot verschafften. In den meisten dieser Gegenden liegt diese Kleinfiedlungsindustrie jetzt völlig darnieder und wird ersetzt durch die schlechter bezahlte und wesentlich ungesündere Herstellung von Tabakwaren aller Art, besonders von Zigarren und Zigaretten.

Das furchtbare Wohnungselend in den Städten und die sinnlose Herstellung von Mietskasernen mit und ohne Laubengängen und Dachgärten, treiben die Männer, ja oft genug die ganzen Familien entweder aus Langeweile oder aus Verzweiflung in die Kinos oder in die Kneipen.

Ueber den sozialökonomischen Schaden, der infolge des Genusses der berausenden Getränke durch die Erzeugung von Verbrechen verursacht wird, kann man in jeder Tageszeitung sich genügend unterrichten. Eine große Literatur besteht hierüber. Ich habe in meinem Buch: „Das Verbrechen als Krankheit“ eine Fülle des ergreifendsten Materials zu dieser Frage beigebracht. Der nationalökonomische Schaden, der sich durch die Entstehung der Verbrechen, durch Verrohung der Gemüter kundtut, wird in Ziffern niemals zu berechnen sein. Desgleichen weder die sittlichen noch die hygienischen Schäden, die sich insbesondere durch die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und der unehelichen Geburten dokumentieren, weil die alkoholischen Getränke gleichzeitig die Geschlechtsdrüsen reizen und diejenigen Gehirnteile lähmen, in denen unsere Hemmungen, unser Gewissen usw. verankert sind.

Wir Männer, insbesondere wir Vertreter der Wissenschaft, können nicht mehr tun, als das Material zusammentragen, um die ungeheure sozialökonomische Gefahr darzutun, die von dem Alkohol ausgeht. In gemeinsamer Arbeit müssen wir, Männer und Frauen, den unter der Zwangssuggestion von der Notwendigkeit und Heiligkeit der Trinksitten stehenden Vertretern der Regierungen und Behörden, von denen sich bislang unbeschadet der Fortschritte der Wissenschaft nur die allerwenigsten befreit haben, klarmachen, welchen unsagbar großen sozialökonomischen Schaden gerade sie durch ihr Festhalten an einer in unser Zeitalter absolut nicht mehr passenden Sitte unserm gesamten Volke zufügen.

Die Pflicht der Regierungen derartigen Industrien gegenüber ergibt sich aus obigen Ausführungen für jeden nüchtern Denkenden von selbst. Es dürfte angeichts der Not im ganzen Lande daher höchste Zeit sein, daß die Regierungen dieser ihrer Pflicht endlich nachkommen. Unser aller, d. h. der nüchtern Denkenden Sache wird es sein, durch unermüdete Aufklärung das gesamte Volk reif zu machen für das Erwachen aus seinem nur zu weit verbreiteten chronischen Rauschzustand in allen seinen Schichten! Bei dieser allgemeinen Verbreitung des chronischen Alkoholismus kann zur Zeit von einer Verbotsgesetzgebung in Deutschland leider noch keine Rede sein. Was wir aber als Nüchterndenkende verlangen müssen, um die sozialökonomischen und nationalökonomischen Schäden unserer Trinksitten und der Alkoholindustrie endlich auf ein halbwegs erträgliches Maß zurückzuschrauben, das ist: wesentliche Einschränkung der Ausschankstellen für Alkohol, und zwar der Art, daß nur eine Ausschankstelle auf 400 Einwohner kommen darf. Zu zweit Verkürzung der Polizeistunde, wie es in anderen Kulturländern üblich ist, d. h. auf 10, spätestens 11 Uhr abends, da bekanntermaßen nicht nur mit der Zahl der Kneipen, sondern auch mit jeder Stunde Verlängerung der Polizeistunde die sozialökonomischen Schäden unserer Trinksitten ins Maßlose steigen. Zu dritt müssen wir aus dem gleichen Grunde zum mindesten eine Besteuerung der alkoholischen Getränke verlangen, wie sie z. B. das reiche England hat. Würden wir in Deutschland unsere berausenden Getränke nach englischem Muster besteuern, so würden wir in Deutschland allein an diesen Steuern eine Summe von zwei bis drei Milliarden erzielen! — Der derzeitige Herr Reichsjustizminister, der gleichzeitig Vertreter der Wirtschaftspartei ist, in der bekannter Weise die Alkoholindustrie in maßgebender Weise vertreten sind, hat ausgesprochen: Die kürzlich erfolgte Erhöhung der Biersteuer sei ein Schlag ins Wasser gewesen, denn durch diese Erhöhung der Biersteuer sei sofort auch der Konsum gesunken, wodurch für den Fiskus der Wert der Erhöhung der Biersteuer natürlich illusorisch geworden sei. Dieser Standpunkt mag rein fiskalisch zu entschuldigen sein, aber man muß wissen, daß, wenn der Alkoholgenuß durch die Erhöhung der Steuern sinkt, auch gleichzeitig die sämtlichen nationalökonomischen Schäden, die durch den Alkoholgenuß notgedrungen und nachgewiesenermaßen entstehen, sofort in gleichem Verhältnis sinken, — Schäden, die dem Lande wie dem „Fiskus“ zur Zeit Milliarden kosten! — Ich habe dieses Beispiel nur deshalb angeführt, um zu zeigen, wie die elementarste Kenntnis dieser sozialökonomischen Zusammenhänge zwischen Volkswohl, Trinksitten und Alkoholindustrie, die in unseren Guttemplerlogen jeder Erdarbeiter kennt, dringend notwendig für unsere regierenden Kreise ist, damit wir endlich aus unserer heutigen schmachvollen Not herauskommen! —

Mit wie wenig sozialökonomischer Weisheit wir aber bislang regiert worden sind, kann man daraus ersehen, daß die Regierung (der Reichstag natürlich mit eingeschlossen) auf Drängen der Alkoholinteressenten, die nebenbei bemerkt so ziemlich in allen Parteien vertreten sind, um den nötigen Druck auf die Gesetzesfabrikation ausüben zu können! — bei der kürzlich erfolgten Erhöhung der Biersteuern sofort auch eine erhebliche Steuer auf alkoholfreie Getränke, ja sogar auf Mineralwasser gelegt hat! — Welche Torheit! Denn was ist die Folge? — Der Mann der keinen Alkohol trinken will, dem nun aber das Mineralwasser zu teuer ist, geht einfach an den nächsten Brunnen, wenn er Durst hat, und trinkt Wasser. So ist denn durch diese sozialökonomisch geradezu unglaublich törichte Steuer der Konsum der alkoholfreien Getränke natürlich sofort rapide gefallen, und zwar um 25—50 %.

Mit so wenig Verstand kommen wir niemals aus unserer Not heraus! Vielmehr sind wir bei dieser „Wirtschaft“ im Reich dahin gekommen, daß wir 1927 in Deutschland 84000 Neuerkrankungen an Syphilis und 280000 an frischem Tripper hatten. 1924 wurden in den Irrenanstalten 5700 Paralytiker neu aufgenommen! Welch ein Belastung des Staatshaushalts! Zu einem

guten Teil — nach unseren Statistiken — zu 90% die Folgen einer „Süßholz“, d. h. alkoholfreudigen Stunde! Die Folge der Aufhebung der Weinsteuern, der viel zu geringen Bier- und Schnapssteuer und der Polizeistunde bis zwei und drei Uhr nachts! — Die ungeheuerliche sozialökonomische Kurzsichtigkeit und Ungerechtigkeit unserer Regierung beweist sich auch dadurch, daß sie — angeblich aus „sozialen Rücksichten“ — die Nachtarbeit der Bäcker, an der noch kein Bäcker gestorben ist, bereits seit langem verboten hat. Um die Nachtarbeit der Gasthausangestellten aber, die notorisch an den Folgen dieser Nachtarbeit in den staubigen und mit Tabaksqualm verpesteten Lokalen sich zu Tausenden die Schwindsucht holen, kümmert sich kaum einer der Herren Regierungsvertreter! — Ja, — vom Minister-tische des sozialdemokratischen Herrn Gregorin aus wurde schlankweg die Polizeistunde auf 3 Uhr nachts verlängert, während der Innenminister Severing dieselbe gegen die Anfeindungen der „rechtsstehenden“ Kreise wenigstens auf 1 Uhr festgesetzt hatte. Wer geht aber nach 11 Uhr noch in die Kneipe und sitzt da stundenlang bei Seht, Wein, Bier und Likör herum? Revolutions- und Inflationsgewinnler, Bucherer, Schieber, Betrüger und ähnliches Gesindel, das sich „amüsieren“, d. h. mehr oder minder betrinken will, um ihre Gewissensbisse zu betäuben! —

Also aus all diesen Gründen ist dringend notwendig: Besteuerung von Alkohol und Tabak nach englischem Muster. Sinkt dadurch der Konsum, so sinken sofort dementsprechend auch die Soziallasten, die durch den Konsum aller dieser Gifte entstehen und die jetzt unsere Wirtschaft in Form von Arbeitslosenunterstützungen, Krankenkassen, Unfall- und Invalidenversicherungskosten geradezu erdrücken.

Aber wir müssen an die sozialökonomische Bildung unserer Regierungsvertreter noch weitere Ansprüche stellen. Dieselben müssen wissen, daß, wenn es heißt: „Das Reich bezahlt“, dies so viel heißt wie: „Es kann aus dem Vollen gewirtschaftet werden!“ Wir müssen also Mittel und Wege finden, die die Arbeitslosenunterstützungen auf die Länder, die Provinzen, die Kreise und Gemeinden zu verteilen und zu dezentralisieren. Man wird erstaunt sein, wie schnell diese Körperschaften dann wertschaffende Arbeit für ihre Arbeitslosen finden werden! Ein klassisches Beispiel für Richtigkeit dieser Behauptung ist die Kultivierung des Meggerkoogs in Schleswig-Holstein durch die Innere Mission. Hier ist ein Sumpf von über 800 Hektar, das schon seit drei Jahrhunderten die verschiedenen Regierungen des Landes vergeblich versucht hatten in Kultur zu bringen, innerhalb von drei Jahren mit Hilfe von Kieler Arbeitslosen in höchste Kultur gebracht worden. Wo vor drei Jahren nur Wildenten und Fischreier haften, werden jetzt fette Kühe auf üppigen Wiesen und wogen weithin gelbe Weizenfelder. Derartige Arbeiten gibt es noch genug im Lande! Wenn das kleine Holland durch Trockenlegung des Zuiderzees 250 000 Hektar fruchtbarsten Landes gewinnt, warum sollen wir den Jadedeufen und andere Länderereien, die uns das Meer geraubt hat, nicht zurückgewinnen können? Von der dringend notwendigen Erhöhung unserer See- und Fuß-deiche, der Reinhaltung unserer Flüsse zwecks Wiederherstellung unserer zur Zeit fast völlig vernichteten Binnenfischerei, der Kultivierung von 3-4 Millionen Hektar Oedland, um Deutschlands Ernährung vom Ausland unabhängig zu machen, will ich ganz schweigen! — Wertschaffende Arbeitsmöglichkeiten all überall! —

Freilich so sinnlos, wie vielfach unsere Stadtbehörden und andere öffentliche Kassen es treiben, dürfen wir nicht weiter wirtschaften: Banken, Sparkassen und Krankenkassen bauen sich Paläste, bewilligen Beamtengehälter, als ob es alles Fürsten wären, während die Kranken und die Ärzte murren, daß ihnen ihr Recht nicht wird und die Arbeitgeber unter der Last der Beiträge und Bankzinsen seufzen. Ist das ein sozialer Volksstaat? Ist das eine Regierung nach den Gesetzen der Vernunft? Oder schläft die Regierung, die über solches zu wachen hat?

Ebenso sinnlos ist es, wenn die Stadt- und Landgemeinden Schulpaläste und andere öffentliche Prunkgebäude auführen, ihren Bürgermeistern und höheren Beamten oftmals Gehälter zahlen, die sie nur zu zahlen imstande sind, wenn sie ihre Gewerbetreibenden durch Steuern über kurz oder lang glatt abwürgen, noch dazu, wenn solche Behörden oder Gemeinden das Baumaterial aus dem Ausland — Steine aus Schweden und Holland, Tausende von Dänen für öffentliche Bauten aus der Tschechoslowakei — kommen lassen, während sie in ihren Gemeinden Tausende von Arbeitslosen herumlungern haben, die alle diese Materialien in Deutschland schaffen könnten! — Ist das Volkswirtschaft? Ist das praktische Sozialökonomie? —

Noch immer kommen alljährlich weit über 100 000 polnische Wanderarbeiter nach Deutschland, nehmen ebensovielen deutschen Arbeitern das Brot weg und schleppen

unser bißchen deutsches Geld ins Ausland, verüben zahlreiche Verbrechen im Lande und zerstören die Volkssitte. — Es soll aber doch kein Mensch sagen, daß unter den 2-3 Millionen deutschen Arbeitslosen nicht 150 000 — 300 000 Mann wären, die das Rübenhacken usw. nicht ebenfugut machen könnten, wie die Polen! —

Erst vor wenigen Jahren sind der „Reichsforschungsgesellschaft für wirtschaftliches Bauen“ 38 Millionen — jetzt wieder 10 Millionen — zur Erforschung von „wirtschaftlichem Wohnen und Bauen“ vom Reich bewilligt worden. Was bei diesen Architektenexperimenten herauskommt, kann man an den verschiedenen Stellen im Reich sehen, vor allem an den sogenannten „muster-gültigen“ Arbeiterfiedlungen der Stadt Frankfurt a. M., — scheußlichen Mietskasernenbauten, deren Wohnungen unerhört teuer sind, — doppelt und dreifach so teuer, wie die reichlich geräumigen Wohnungen, die unser Bauverein in der feinsten Villengegend von Hamburg-Altona seit Jahrzehnten bis auf den heutigen Tag in Einzelhäusern mit Stall und Garten errichtet! —

Es wird soviel vom „Sparen“ geredet, es müsse „gespart“, überall gespart werden! — Sehr wahr! Dann möge die Regierung „oben“ anfangen: alle Beamtengehälter ohne Ausnahme, vom Reichsbankpräsidenten bis zum Oberbürgermeister — die über 300 000 Mark betragen, werden um dreiviertel ihres Betrages gekürzt, die über 200 000 Mark betragen um zweidrittel, die über 100 000 Mark betragen, um die Hälfte, die über 50 000 Mark betragen, um ein Drittel, die über 30 000 Mark betragen um ein Viertel und die über 20 000 Mark betragen um ein Fünftel. In gleicher Weise mag man die Einkommen mit einer Einkommensteuer belasten, um die kleinen Gehälter und Einkommen zu entlasten. Vor allem möge man von allen Doppelbesteuerungen nach Möglichkeit absehen. Die stark nach Inflation schmeckenden Gehälter unserer oberen Beamtenschaft — wozu ich auch die Aufsichtsräte rechne! — auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, die Arbeitslosenunterstützung zum Teil in Roggenbrot, zum Teil in wertschaffender Arbeit umwandeln, an der wir bei nüchternem Nachdenken die Ueberfülle haben, alle Arbeiten, die im Inlande beschafft werden können, nur im Inlande besorgen lassen, das Volk in allen Schichten systematisch erziehen — in der Schule angefangen! — daß es tüchtig nur deutsche Waren kauft, — dann, aber auch nur dann werden wir aus unserer Wohnungsnot und unserer heutigen unnötigen Arbeitslosigkeit wieder empormachsen zu neuer Kraft und Schönheit! —

Zween Zungen taugen nicht in einem Munde.

So meinte Walther von der Vogelweide, dessen 600-jähriges Gedächtnis wir dieses Frühjahr begingen. Anders scheint darüber die Hygieneausstellung in Dresden zu denken. Was da auf der wissenschaftlichen Hälfte als Ergebnis in sorgsam abgemessenen Worten geboten wird, das wird auf der industriellen Hälfte ins Gegenteil verkehrt. Man höre: Reichsgesundheitsamt: Alkohol ist nur Genußmittel. Saal der Brauerei: in der dort aufliegenden „wissenschaftlichen Abhandlung“: Ernährung und Brauerei: „Bier ist ein vollwertiges Nahrungsmittel.“ Die Wissenschaft: Alkohol darf Kindern nicht gegeben werden. Die Brauereiwissenschaft: Man gebe den Kindern Bieruppe. Friedrich der Große ist damit großgezogen worden. (Mit anderen Worten: dann werden sie auch so gescheit.) Reichsgesundheitsamt: Milch ist besonders empfehlenswert. Die Bierwissenschaft: Bieruppe hat den Vorzug für Kinder vor der Milch, daß sie appetitanregend wirkt und nicht so „verschleimt und verstopft“. Die Wissenschaft: Die größte Sterblichkeit von sämtlichen Völkern weisen die Brauer und Megger auf. Die Bierwissenschaft: Daß Bier ein vollwertiges Nahrungsmittel ist, beweist das gute Aussehen des Biertrinkers; Bierbrauer sind meist zu gut ernährt.“ Ja „zu gut“, sehr richtig! So gut, daß sie im Durchschnitt mit 50 Jahren tot sind. Das Reichsgesundheitsamt empfiehlt ganz besonders die Kartoffel und das Schwarzbrot als billige, gesunde Nahrung. In der erwähnten Schrift über Ernährung und Brauerei weist die Wissenschaft des Herrn Dr. Bauer nach, daß das eine fadde Ernährung sei und daß die reizlose Kartoffel und das wenig schmackhafte Brot durch Biertrinken erst genießbar werde.

In der einen Abteilung wird behauptet, wir vertrinken zuviel, 5 Milliarden im Jahr, 40 000 Mark in jeder Minute, 13 000 Alkoholkranke in Irrenanstalten seien die Folge davon, je 240 Menschen müßten eine Wirtschaft unterhalten, Alkohol in größerer Menge wirke gesundheitschädlich. In der Abteilung für Brauereigewerbe hat die Wissenschaft plötzlich ein anderes Gesicht. Da wird dem erstaunt aufhorchenden internationalen Publikum verkündet: Wir trinken zu wenig, den Interessen der

Volksernährung und Volksgesundheit werde nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage am besten dadurch gedient, daß man mehr Gerste zum Verbrauen zuweise. Bei Epidemien habe sich Bier vorzüglich bewährt, so bei Cholera, Typhus, Influenza. Kein Brauer habe in Hamburg 1892 die Cholera bekommen. Man wundere sich nur über die Dummheit der Ärzte, die dies vorzügliche Mittel gegen Epidemien noch nicht begriffen haben und noch mehr über die Rücksichtigkeit der Wissenschaft im allgemeinen und des Hygienemuseums im besonderen, die von allem nichts zu wissen scheinen. Was soll man denn nun glauben? Man glaubt nichts. So wird das Vertrauen zur Wissenschaft zerstört und die Wirksamkeit der ganzen so wertvollen Ausstellung unterbunden. Weil es das Alkoholkapital so will.

Christentum und Bodenreform.

Wenn jemand sich jahrelang auf Grund eigener Erfahrungen für bestimmte Lebensfragen interessiert, so ist es ihm oft schwer zu verstehen, daß andere nicht auch ähnlich denken und handeln, wie er. So war es mir immer schmerzlich, daß sehr ehrenwerte Männer, die eine gesunde Weltanschauung vertraten, die Bodenreform ablehnten. Wie oft stehen wir aber doch den wirtschaftlichen und sittlichen Nöten der Besitzlosen ratlos gegenüber! Sollte es nun nicht unsere vornehmste Aufgabe sein zu versuchen, die Gründe dieses Mangels an Kenntnis der wahren Ursachen unserer Volksnot aufzudecken, um Abhilfe zu schaffen? Wenn wir dem Strom der Entfittlichung und Entkirchlichung Einhalt gebieten wollen, so ist es hohe Zeit, uns von Vorurteilen frei zu machen, und in denen, die der Hilfe bedürfen, unsere Nächsten zu sehen.

Das biblische Christentum und die Bodenreform, Moses und Damaskus, begegnen sich in der Stellung zum Boden und gleichzeitig in ihrer Stellung zu Volk und Vaterland. Daß jeder Anteil am Boden haben sollte, daß jeder im Lande sicher wohne und daß im Volk kein Armer sei, das war nach dem Gesetz des Sinai die volkswirtschaftliche Grundlage, auf welcher dem jüdischen Volk die Möglichkeit geboten war, gesund an Leib und Seele sich zu entwickeln und auszubreiten. Dasselbe bezweckt die von dem Führer der deutschen Bodenreformbewegung aufgestellte Lösung: Der Bund Deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, die Grundlage allen nationalen Seins unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, dem Volksganzen nutzbar macht.

Warum finden solche, das ganze Volkswohl betreffenden Grundsätze im praktischen Leben so wenig Bedeutung und Anwendung? Ist es so schwer, ihre Gültigkeit zu erfassen? „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!“ Es ist Aufgabe der Christen, den Willen Jesu und den Begriff Mammon klar zu erfassen und zu unterscheiden, wollen wir unserm Volk kurz vor dem Abgrund vor dem es steht, neue Wege und neue Ziele zeigen, die es vorwärts und aufwärts führen zur sozialen Gerechtigkeit, zur persönlichen Freiheit, zur nationalen Einheit, zur Heimat- und Vaterlandsliebe und zur Versöhnung.

Boden ist keine Ware! Wird der Boden, diese Quelle des Daseins, als Ware behandelt, so kann er in schrankenloser Weise zum Schaden der produktiv tätigen Bevölkerung und zum Schaden des ganzen Vaterlandes mißbraucht werden, da niemand in der Lage ist, neuen Boden herzustellen. Jeder Vorteil, der durch den Fleiß und durch die Kulturentwicklung entsteht, fließt in die Taschen derer, die den Boden besitzen. Durch den Bodenhandel ist die industrielle Entwicklung zum Schaden der breiten Volksschichten umgeschlagen. Die Quelle aller Volkswohlfahrt ist ein gesundes Familienleben. Die Wohnungsnot der Gegenwart ist der Tatbeweis des Elends in unserm Volk. Eine Million Familien sind mohnungslos! Wenn jede dieser Familien einen halben Morgen (1250 qm) Land bekäme, so würde das 1/2 der Provinz Brandenburg ausmachen. Dies Land ginge der Nahrungsmittelherzeugung nicht verloren, denn als Gartenland würde es mehr Lebensmittel hervorbringen, denn als Ackerland.

Der Bodenhandel des letzten Jahrhunderts hat unser Volk wirtschaftlich und moralisch an den Rand des Verderbens gebracht. Er ist die Ursache der hohen Bodenpreise und der Wohnungsnot. Nur durch Wiedererweckung des guten, alten, deutschen Bodenrechts, das dem biblischen Eigentumsbegriff entspricht, kann unserm Volk wieder geholfen werden.

Boden ist keine Ware! In der Behandlung des Bodens als Ware liegt die Hauptursache unserer Not.

Albert Gollnich.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Nordseebad Langeoog

Christliches Erholungsheim „Bethanien“, Erholungsh. des Diakonievereins „Bethanien“ Colingen - Aufderhöhe

Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten und Versammlungen im Hause.
Anerkamt gute Verpflegung. — Für die Nachsaison besonders billige Preise von M 4.— an.
Kurtaxe berechtigt zum Baden.
Nähere Auskunft durch Schw. Marie Nießner, Christl. Erh.-heim „Bethanien“, Nordseebad Langeoog.
Postfachkonto: Christliches Erholungsheim, Langeoog, Amt Eßsen Nr. 20602.



einschließlich Flasche, Kiste und Verpackung 19.20 RM gegen Nachnahme oder Voreinsendung auf Postfachkonto: Hannover 21365.

Internationale alkoholfreie Industrie G. m. b. H., Bückeburg.

Gährungslose

Obst- und Traubensäfte

alkoholfrei, naturrein, ohne jede Konservierung.

Probierliste mit 12 Flaschen

- 4 Flaschen Strauchheimer
- 3 Flaschen Traubenmost (rot)
- 3 Flaschen Traubenmost (weiß)
- 2 Flaschen Typ Burgunder

Erst prüfen, dann kaufen!

Pianos

Harmoniums
erstklassige und solide
Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung
Kleinfelder Piano- u. Harmonium-Abg.
Otto Stierstadt
Bielefeld, Arndtstraße 11.
Gegr. 1905. Tel. 3787

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.